



**Geschäftsführung
Ausschuss Soziales und Senioren**

Herr Becker

Telefon: (0221) 221-27467

Fax: (0221) 221-29047

E-Mail: robert.becker@stadt-koeln.de

Datum: 27.03.2015

Niederschrift

über die **Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren** in der Wahlperiode 2014/2020 am Donnerstag, dem 15.01.2015, 15:30 Uhr bis 17:50 Uhr, Historisches Rathaus, Konrad-Adenauer Saal, Raum-Nr. 1.18

Anwesend waren:

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Michael Paetzold	SPD
Frau Marion Heuser	GRÜNE
Frau Katja Hoyer	FDP
Frau Cornelia Schmerbach	SPD
Frau Monika Schultes	SPD
Herr Dr. Walter Schulz	SPD
Herr Martin Erkelenz	CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Ursula Gärtner	CDU
Herr Christoph Klausing	CDU
Herr Stephan Pohl	CDU

Stimmberechtigte Mitglieder

Herr Horst Ladenberger	GRÜNE
Frau Julia Woller	GRÜNE
Herr Jörg Detjen	DIE LINKE

Beratende Mitglieder

Herr Marcel Hagedorn	auf Vorschlag der SPD
Herr Dr. Roland Quinten	AfD
Frau Carolina Brauckmann	Rubicon e.V.
Frau Edith Marschall	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Vicky Püllen	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
Frau Gudrun Kleinpaß-Börschel	auf Vorschlag der SPD

Herr Franz Xaver Corneth	auf Vorschlag der CDU
Herr Günter Jachtner	auf Vorschlag der CDU
Herr Markus Peters	auf Vorschlag der CDU
Frau Jutta Eggeling	auf Vorschlag der Grünen
Frau Britta Hollmann	auf Vorschlag der Grünen
Herr Michael Scheffer	auf Vorschlag von DIE LINKE
Frau Elke Lerchner	auf Vorschlag der FDP
Frau Helga Blümel	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Cornelia Harrer	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Herr Stefan Kersjes	Arbeiterwohlfahrt
Herr Peter Krücker	Caritasverband
Herr Marc Ruda	DRK Kreisverband Köln
Herr Alexander Sperling	Synagogen-Gemeinde Köln

Presse

Zuschauer

Entschuldigt fehlen:

Stimmberechtigte Mitglieder

Frau Maria Verena Fontanazza-Russo	CDU
Herr Thomas Welter	CDU

Beratende Mitglieder

Herr Markus Wiener	pro Köln
--------------------	----------

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Michael Müller	auf Vorschlag der Stadtarbeitsgemeinschaft Behindertenpolitik
---------------------	---

Beratende Mitglieder

Frau Felicitas Vorpahl-Allweins	Seniorenvertretung der Stadt Köln
Frau Monika Reisinger	auf Vorschlag der Grünen
Frau Monika Dierksmeier	Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
Frau Monika Kuntze	Caritasverband für die Stadt Köln e.V.
Frau Martina Schönhals	Diakonisches Werk Köln und Region
Frau Stella Shcherbatova	Synagogen-Gemeinde Köln
Frau Ulrike Volland-Dörmann	Arbeiterwohlfahrt Kreisverband Köln e.V.

Stellvertretende beratende Mitglieder

Herr Clemens Wittenbrink	Rheinfetisch e.V.
--------------------------	-------------------

Tagesordnung

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Beantwortung der Nachfrage von Frau Heuser zum Bericht des Jobcenters Köln zum Thema "JobCloud Cologne"

Beantwortung einer Anfrage zu TOP 7.1 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.11.2014
3817/2014

3.2 Beantwortung der Nachfragen zum Jahresbericht 2013 der kommunal flankierenden Eingliederungsleistungen

Beantwortung der Anfragen von der Fraktion der LINKEN und Hr. Dr. Schulz zu TOP 7.1 (Anlage 1) aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.11.2014
3818/2014

3.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 4.5 (3369/2014 - Bericht der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender) aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.11.2014 3758/2014

3.4 Untersagung von Veranstaltungen des "KAT 18" Mündliche Anfrage des Herrn Ladenberger in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 27.11.2014 3771/2014

3.5 Nachfrage von Frau Woller in der Sitzung vom 27.11.2014 zur Mitteilung der Verwaltung bezüglich der Winterhilfe, Ausschuss für Soziales und Senioren 3953/2014

3.6 Einstufung in Regelbedarfsstufe 3 SGB XII - Verfristung möglicher Rückforderungsansprüche 3627/2014

4 Mitteilungen

- 4.1 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender: Einladung von Vertreterinnen und Vertretern aus Partnerstädten zum Colognepride
3791/2014
- 4.2 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender: "Erstellung und Herausgabe einer Infobroschüre zum Thema Transgender in Köln"
3792/2014
- 4.3 Job-Chance für Wohnungslose im Hotel - Kooperationsprojekt der Stadt Köln, Jobcenter, Dorint Hotel und der "Obdachlosenhilfe Die Brücke e.V."
3760/2014
- 4.4 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen
2225/2014 - Stellungnahme zum Änderungsantrag 'SoSe 13 Sprach- und Kulturmittler' sowie Einrichtung eines Gesamtbudgets
0005/2015
- 4.5 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen"
4007/2015
- 4.6 Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket
2995/2014

5 Wohnen

- 5.1 Wohngeld - Bericht über die aktuelle Entwicklung
3742/2014
- 5.2 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm
Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen
3752/2014
- 5.3 Wohnraumförderung mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln
im Jahr 2014
3937/2014

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

7 Jobcenter Köln

- 7.1 Bericht des Jobcenters
3815/2014

8 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 E-Scooter in Bussen und Bahnen der KVB
AN/0015/2015

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Einstufung in Regelbedarfsstufe 3 SGB XII – Verfristung möglicher Rückforderungsansprüche/ TOP 10.2.1 auf der SoSe TO vom 27.11.2014
AN/1650/2014

10.2 Aktuelle Anfragen

10.2.1 LVR-Gebäude für Flüchtlingsunterbringung nutzen
AN/1819/2014

10.2.2 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm - Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen (Mitteilung 3752/2014)
AN/0045/2015

10.2.3 Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WAG)
AN/0046/2015

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Förderung der Gemeinwesenarbeit in sozial belasteten Quartieren
3949/2014

TOP 11.1 Förderung der Gemeinwesenarbeit in sozial belasteten Quartieren
AN/0109/2015

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

- 15.1 Beantwortung der Anfrage AN/0541/2014 der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Porz:
Geplanter Abriss der Flüchtlingsunterkunft Poller Damm 77, 51105 Köln-Poll 3568/2014
- 15.2 Beantwortung der Anfrage: Situation Sicherheits- und Wachdienst in Flüchtlingsseinrichtungen im Stadtbezirk Köln-Rodenkirchen
Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der FDP-Fraktion in der Bezirksvertretung 2 vom 20.10.2014 (AN/1300/2014) 3316/2014
- 15.3 Sportangebote für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien: zusätzliche Angebote und das neue Crowdfunding-Projekt, bei dem die Kölner Ban und die Stadt Köln als Partner mit "SportMOBIL für geflüchtete Kinder und Jugendliche" gestartet sind
3918/2014
- 15.4 Beschulung von zugereisten Kindern und Jugendlichen in Köln, Sachstandsbericht zum 31.10.2014
2804/2014
- 15.5 Vergabeverfahren "Betrieb von städtischen Wohngebäuden für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen an externe Träger"
0001/2015
- 15.6 Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge - Anfrage der Partei Deine Freunde gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/1804/2014
4004/2015
- 15.7 Beantwortung einer Anfrage: LVR-Gebäude für Flüchtlingsunterbringung nutzen - Anfrage der Fraktion DIE LINKE gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/1819/2014
0048/2015
- 15.8 Berichterstattung in den Medien zur Situation in der Flüchtlingsunterkunft Vorbergstraße 22 im Stadtteil Neustadt-Süd - aktueller Sachstand
0049/2015

I. Öffentlicher Teil

1 Gleichstellungsrelevante Themen

2 Rückfragen zu Beantwortungen von Anfragen und Mitteilungen aus früheren Sitzungen

3 Beantwortung von Anfragen

3.1 Beantwortung der Nachfrage von Frau Heuser zum Bericht des Jobcenters Köln zum Thema "JobCloud Cologne"

**Beantwortung einer Anfrage zu TOP 7.1 aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.11.2014
3817/2014**

Frau Heuser stellt fest, dass ein Vergleich der dargestellten Zahlen zeigt, dass die häufigsten Vermittlungen in typische Helferberufe und Geringverdiener-Jobs erfolgten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.2 Beantwortung der Nachfragen zum Jahresbericht 2013 der kommunal flankierenden Eingliederungsleistungen

**Beantwortung der Anfragen von der Fraktion der LINKEN und Hr. Dr. Schulz zu TOP 7.1 (Anlage 1) aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.11.2014
3818/2014**

Herr Scheffer dankt für die Beantwortung und fragt, ob die Pflegestufe II mit einbezogen werden könne.

Herr Wagner sagt die Beantwortung der Frage zur nächsten Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren zu.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

3.3 Beantwortung einer mündlichen Anfrage zu TOP 4.5 (3369/2014 - Bericht der Fachstelle für Lesben, Schwule und Transgender) aus der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren vom 27.11.2014 3758/2014

Frau Woller dankt für die Beantwortung.

Herr Hagedorn fragt, ob angedacht sei, den Flyer auch in anderen Sprachen zu veröffentlichen und ob der Flyer online anzusehen sei.

Frau Rehberg antwortet, dass der Flyer bereits online gestellt sei und ebenfalls in weiteren Sprachen veröffentlicht werden solle.

Frau Brauckmann unterstützt die Arbeit des Diversity Referates und hebt die gute Zusammenarbeit mit der Fachdienststelle hervor. Es sei förderlich für die Arbeit der Stadt-AG LST und für die Community, dass die Fachstelle personell aufgestockt wurde. Damit kämen jetzt auch verstärkt lesbenpolitische Themen zum Zuge. Gleichwohl gäbe es noch Luft nach oben, was die weitere Ressourcenstärkung der Fachstelle betreffe.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.4 Untersagung von Veranstaltungen des "KAT 18"
Mündliche Anfrage des Herrn Ladenberger in der Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren vom 27.11.2014
3771/2014**

Herr Ladenberger nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.5 Nachfrage von Frau Woller in der Sitzung vom 27.11.2014 zur Mitteilung der Verwaltung bezüglich der Winterhilfe, Ausschuss für Soziales und Senioren
3953/2014**

Frau Eggeling bittet um Prüfung, ob die Verwaltung für den rechtsrheinischen Bereich eine Bedarfsanalyse vornehmen könne.

Herr Santelmann antwortet, dass mit dem Gesundheitsamt abgestimmt werde, inwiefern eine Bedarfsanalyse vorgenommen werden könne.

Frau Schmerbach merkt an, dass die Sanitäranlagen in Ehrenfeld sehr stark frequentiert würden. Dadurch würden Hygienemängel anfallen, die beseitigt werden müssten.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

**3.6 Einstufung in Regelbedarfsstufe 3 SGB XII - Verfristung möglicher Rückforderungsansprüche
3627/2014**

Herr Scheffer dankt für die Beantwortung. Er bittet die Verwaltung darum, dass der Ausschuss Soziales und Senioren über den fortlaufenden Prozess zu diesem Thema weiter informiert werde.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Beantwortung zur Kenntnis.

4 Mitteilungen

**4.1 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender: Einladung von Vertreterinnen und Vertretern aus Partnerstädten zum Colognepride
3791/2014**

Fr Hoyer kritisiert, dass Verfahren, dass die Vorlage nur als Mitteilung und nicht als Beschlussvorlage aufgeführt werde.

Frau Gärtner stellt fest, dass es bei einem Beschlussvorschlag auch einen Deckungsvorschlag geben müsse.

Frau Brauckmann betont, wie wichtig es sei, dass die Stadt Köln hier ein Zeichen setze. Die Akteure und Akteurinnen aus den LST-Communities und unserer Partnerstädte würden durch eine Einladung zum ColognePride in ihrer Politik bestätigt und gestärkt. Dies beträfe vor allem auch diejenigen Städte, in denen die Situation für LST problematisch sei. Gleichzeitig würde Köln mit solch einer finanziell gestützten Einladungs politik sowohl in die eigene Stadtgesellschaft hinein als auch nach außen hin deutlich machen, dass die Stadt es ernst mit ihrer Vielfalts- und Diversitypolitik meine.

Schlussendlich sei es wichtig, Kontinuität zu wahren. LST-Vertreterinnen von Partnerstädten, die ja auch schon mal zum Kölner CSD eingeladen waren, brauchen eine verlässliche Zusammenarbeit.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.2 Beschlussempfehlung der Stadtarbeitsgemeinschaft Lesben, Schwule und Transgender: "Erstellung und Herausgabe einer Infobroschüre zum Thema Transgender in Köln" 3792/2014

Frau Brauckmann weist daraufhin, dass es seit 2005 eine Stadt-AG LST in Köln gebe. Leider käme das „T“ im Namen, der „Trans“ - Aspekt, deutlich zu kurz. Über kaum eine Gruppierung gäbe es so viel Unkenntnis wie über Transpersonen.

Es sei überfällig, dass die Stadt eine Broschüre vorhalte, um gerade auch ihre Mitarbeiter/innen, über die Lebenssituation und die Rechtslage von Transmenschen zu informieren.

Herr Dr. Schulz bemerkt, dass zu diesem Thema weiterer Aufklärungsbedarf bestehe. Er stellt die Frage, ob es nicht effektiver sei, statt einer Broschüre einen Online Auftritt der Stadt Köln zu diesem Thema mit aktuellen Informationen zu erstellen. Dieser hätte sicher eine größere Reichweite, sei jederzeit zu aktualisieren und sei vermutlich auch noch kostengünstiger.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.3 Job-Chance für Wohnungslose im Hotel - Kooperationsprojekt der Stadt Köln, Jobcenter, Dorint Hotel und der "Obdachlosenhilfe Die Brücke e.V." 3760/2014

Frau Hollmann, Frau Lerchner, Frau Schmerbach und Frau Gärtner fragen, ob die Finanzierung bzw. die Erstattung der Personalkosten im Rahmen der geringfügigen Beschäftigung aus dem Verein „Die Obdachlosenhilfe Die Brücke e.V.“ eher ungewöhnlich und ob diese Finanzierung satzungsgemäß sei.

Entspricht die Vergütung im Rahmen der geringfügigen Beschäftigung dem gesetzlichen Mindestlohn?

Soweit das Dorint Hotel die Beschäftigungsmöglichkeit für Wohnungslose ausweitet, besteht in diesen Fällen die Möglichkeit, dass auch die Träger der Wohnungslosenhilfe ihre Wohnungslosen dorthin vermitteln können?

Frau July antwortet, dass die Finanzierung/ Erstattung der Lohnkosten durch den Verein „Die Obdachlosenhilfe Die Brücke e.V.“ der Satzung des Vereines entspreche.

Der genaue Stundenlohn kann nicht genannt werden. Hierzu bedarf es einer Rückfrage bei dem Arbeitgeber.

Soweit das Dorint Hotel die Beschäftigungsmöglichkeit ausweitet, werden die Auswahl und die Vermittlung dorthin ausnahmslos über die ResoDienste des Amtes für Soziales und Senioren erfolgen. Eine unmittelbare Vermittlung über die Träger der Wohnungslosenhilfe ist nicht vorgesehen.

Frau Hoyer, Herr Corneth und der Vorsitzende Herr Paetzold begrüßen für ihre Fraktionen ausdrücklich die Aktion des Dorint Hotels und des Vereines.

*Nachträgliche Anmerkung des Protokollanten Herrn Dr. Becker: Nach Rücksprache von Frau July mit der Personalabteilung des Dorint Hotels wurde mitgeteilt, dass selbstverständlich auch die Geringfügig Beschäftigte **mindestens** den gesetzlichen Mindestlohn erhalten.*

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.4 Interkulturelles Maßnahmenprogramm - Maßnahmenempfehlungen 2225/2014 - Stellungnahme zum Änderungsantrag 'SoSe 13 Sprach- und Kulturmittler' sowie Einrichtung eines Gesamtbudgets 0005/2015

Frau Heuser teilt mit, dass sich ihre Fraktion wünscht, dass der Änderungsantrag des Integrationsrates in der nächsten Sitzung des Ausschusses Soziales und Senioren als Beschlussvorschlag vorliegt, da ihre Fraktion diesen Änderungsantrag unterstützt.

Frau Gärtner unterstützt den Vorschlag von Frau Heuser und erklärt, dass ihre Fraktion dem Antrag zustimmen könne.

Frau Hoyer fragt wie die Maßnahmen finanziert werden können, stimmt aber dem Änderungsantrag inhaltlich zu.

Frau Heuser schlägt vor, die Änderungsvorschläge in die nächste Haushaltsplanberatung mit aufzunehmen.

Frau Reker weist darauf hin, dass es jetzt darum gehe, dass die Fachausschüsse der Verwaltung konkrete Aufträge zur Vorlage von Beschlussvorlagen erteile, damit diese in den Haushaltsplanberatungen diskutiert werden können.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass eine erkennbare Mehrheit des Ausschusses dem Inhalt des Änderungsantrages des Integrationsrates zustimme. Er schlägt vor, in einem gemeinsamen Antrag die Verwaltung aufzufordern, das vorgeschlagene Integrationsbudget für den nächsten Haushalt anzumelden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

4.5 Pilotprojekte "Willkommen in Köln" und "Integrationslotsen" 4007/2015

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

4.6 Sachstandsbericht zum Bildungs- und Teilhabepaket 2995/2014

Der Ausschuss Soziales und Senioren verschiebt den Tagesordnungspunkt in die nächste Sitzung.

5 Wohnen

5.1 Wohngeld - Bericht über die aktuelle Entwicklung 3742/2014

Herr Dr. Schulz fragt, wie die Rückforderungen in Höhe von 1,3 Mio € zu Stande kommen und wie vor dem Hintergrund der Verschuldung der Haushalte praktisch mit den Forderungen umgegangen werde.

Frau Hilsemer erklärt, dass mit der Einführung des erweiterten Datenabgleichs im Sommer 2013 die Zahl der Rückforderungen angestiegen sei. Es handele sich hierbei um Wohngeldzahlungen, die zu Unrecht erfolgt seien. Relevante Änderungen wurden nicht bzw. nicht rechtzeitig mitgeteilt. Die Forderungen werden geltend gemacht, können aber zu einem großen Teil nicht realisiert werden, da die betroffenen Haushalte nicht leistungsfähig seien. Stundungen, Niederschlagungen und Erlasse werden, ebenso wie die Beteiligung am Insolvenzverfahren, durch die Wohngeldstelle abgewickelt.

Frau Heuser fragt, wie die Verwaltung mit dem Positionspapier des Deutschen Städtetages umgehe? Zum letzten Absatz S. 2 der Mitteilung fragt sie, wie die Personalsituation aussehe, und welche Ursachen zu dieser Situation führen und mit welchen Maßnahmen neue Stellen besetzt werden sollen?

Herr Detjen teilt mit, dass die Zahl der Wohngeldfälle sinke und die Kosten der Unterkunft, welche zu Lasten der Kommunen gehe, steigen. In dem Gesetzentwurf werden die finanziellen Mittel zu wenig erhöht, es würden 130-, Mio. Euro fehlen. Er schlägt vor, eine gemeinsame Resolution zur Wohngeldnovelle zu erarbeiten.

Herr Corneth greift die Aussage von Herrn Detjen auf und fordert eine Dynamisierung im Gesetzentwurf.

Herr Ferber erläutert, dass das Positionspapier des Städtetages unter engagierter Beteiligung der Stadtverwaltung Köln erarbeitet wurde, die dort vertretenen Positionen treffen zu. Zur Abrundung des Themas erfolgte auch ein Hinweis auf die personelle Situation im Wohngeldbereich. Die Wohngeldbearbeitung hat sich in den letzten Jahren stark verändert. Zu einem Zeitpunkt, in dem die Fallzahlen durch die gesetzlichen Rahmenbedingungen sinken, ist es schwierig hierfür Gehör zu finden. Die erforderlichen Schritte für eine angemessene Bewertung und Bemessung sind getan und werden weiter verfolgt.

Herr Vorsitzende Herr Paetzold fasst zusammen, dass die Sozialpolitischen Sprecher einen gemeinsamen Antrag entwickeln sollen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.2 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen 3752/2014

Herr Detjen fragt, ob 75 Millionen Euro vom Land geschenkt worden seien, da dies teilweise so in der Presse vermittelt worden sei. Er selber habe es so verstanden, wie es auch in der Mitteilung stehe, dass es sich um einen Kredit handele.

Frau Hoyer fragt, ob nach dem Wohnungsbauförderprogramm die Stadt Köln Wohnungsbelegungsrechte an Wohnungen ankaufe, die ansonsten nach einer Renovierung aus der Mietbindungen herausfallen würden.

Herr Ferber antwortet, dass kein Geld vom Land zur Stadt fließen würde. Es gehe um ein Budget, wodurch die kommunale wohnungspolitische Verantwortung gestärkt werde. Ein Vorteil sei, dass die Stadt wie auch die Investoren eine Planungssicherheit über mindestens vier Jahre erreichen würde.

Frau Heuser fragt ob alle vorhandenen finanziellen Mittel ausgegeben werden könnten.

Herr Ferber antwortet, dass kein Cent verloren gehe. Zusätzlich gebe es eine größere Flexibilität der Bewilligungsbehörde Stadt Köln. Ebenso bestehe die Möglichkeit, dass unter bestimmten Voraussetzungen mehr als 75. Millionen Euro abgerufen werden können.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

5.3 Wohnraumförderung mit Mitteln des Landes Nordrhein-Westfalen und der Stadt Köln im Jahr 2014 3937/2014

Herr Ladenberger bedankt sich für die schnelle Bereitstellung der ersten Zahlen aus 2014. Auch wenn die Zahl fertiggestellter Wohnungen höher als in den letzten zwei Jahren war, liegt sie deutlich unter den erforderlichen und beschlossenen Zahlen von mindestens 1000 neuer geförderter Wohnungen pro Jahr. Hier liege weiterer Handlungsbedarf. Er stellt im Zusammenhang mit der Mitteilung zusätzliche Fragen:

1. Die Zahlen beinhalten auch Heimplätze und besondere Wohnformen für ältere und behinderte Menschen. Wie viel Heimplätze gibt es darunter? Wie viele Wohnungen für weitere besondere Wohnformen sind enthalten?
2. Wie viele Wohnungen sind 2014 aus der Bindung gefallen?
3. Zu Punkt 1c) fällt auf, dass diese Förderform nur zu einem sehr geringen Betrag in nur zwei Fällen in Anspruch genommen wurde. Ist dies die Förderform, die im Stadtentwicklungskonzept Wohnen im Handlungsfeld "Altengerechtes und barrierefreies Wohnen" angesprochen wird.
4. Wie viele neue Wohnungen sind im Sinne der Din 18040-2 barrierefrei und von der Straße aus zugänglich?

Herr Ferber kündigt an, dass die einzelnen Fragen im Nachgang schriftlich beantwortet werden. Die in der Mitteilung genannten barrierefreien Wohnungen entsprechen der DIN und den Vorgaben der Wohnungsbauförderung des Landes.

Frau Hoyer stellt zum kooperativen Baulandmodell und den weiteren Maßnahmen, die vom Rat beschlossen wurden fest, dass diese Maßnahmen noch nicht die gewünschten Wirkungen erzielen. Ein Hauptproblem sei, dass es in Köln viel zu wenig baureife Grundstücke zum Bau von Wohnungen gebe.

Herr Corneth fragt ob es weitere Förderungsmöglichkeiten gebe.

Herr Ferber antwortet, dass das Baulandmodell wegen des Vorlaufs erst mit einer zeitlichen Verzögerung seine Wirkung entfalten kann. Die Wohnungsbauförderung habe sich zwar im Hinblick auf die Bewilligungszahlen verbessert, die Erwartungen auch im Hinblick auf den Investitionskostenzuschuss und den Ankauf vom Mietpreis- und Belegungsbindungen hätten sich aber nicht erfüllt.

Herr Detjen sieht dringenden Handlungsbedarf, mehr preiswerte Wohnungen zu bauen und schlägt vor, einen Unterausschuss Wohnen einzurichten.

Herr Dr. Schulz unterstützt den Vorschlag von Herrn Detjen, einen Unterausschuss Wohnen einzurichten.

Herr Ladenberger äußert seinen Unmut über die geringe Anzahl rollstuhlgerechter Wohnungen. Angesicht der Vorschrift in der Landesbauordnung, in jedem Mehrfamilienhaus barrierefreie Wohnungen zu erstellen, stellt er die Frage, ob die Landesbauordnung unterlaufen worden sei.

Frau Reker antwortet, dass die „rollstuhlgerechte“ Wohnung besondere Anforderungen erfüllen muss und dass ein Großteil der barrierefreien Wohnungen auch von Rollstuhlfahrern erreicht und genutzt werden kann.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

6 Sachstand Programm Mülheim 2020

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt, dass der TOP 6 „Sachstand Programm Mülheim 2020“ als ständiger Tagesordnungspunkt von der Tagesordnung genommen wird.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

7 Jobcenter Köln

7.1 Bericht des Jobcenters 3815/2014

Herr Dr. Schulz bezieht sich auf die Anlage 1 zum Bericht des Jobcenters, auf das Arbeitsmarkt- und Integrationsprogramm 2015 (AMIP 2015) und bedankt sich für die Darstellung und Erläuterung der dort genannten Ziele, die ihm sehr gut gefallen! Die Kürzungen der vergangenen Jahre sind besorgniserregend und dennoch schafft es das Programm, deutlich zu machen, wohin die Reise geht. Er betrachtet es als notwendig, dass sich alle Fraktionen dafür einsetzen, dass mehr Geld zur Verfügung ge-

stellt werde, damit allen Zielgruppen die erforderlichen Unterstützungen angeboten werden können. Die Schwerpunktsetzung sieht er jedoch kritisch. Er fragt nach der konkreten Einflussnahme der Stadt.

Frau Reker bedankt sich für den Beitrag von Herrn Dr. Schulz und macht deutlich, dass auch sie gerne sehen würde, dass mehr finanzielle Mittel den Kölner Leistungsbezieherinnen und Leistungsbezieher im SGB II zu Gute kommen. Sie erläutert, dass die Bundesmittel, die von Seiten der Agentur für Arbeit einfließen, selbstverständlich für die Heranführung an den Arbeitsmarkt und die Steigerung der Beschäftigungsfähigkeit eingesetzt werden. Sie unterstützt Herrn Wagner und das Jobcenter auf ganzer Linie. Auch sie steht unter den vorhandenen Rahmenbedingungen hinter dem AMIP 2015.

Herr Jachtner verweist auf S. 8/9 des AMIP 2015, wo dargestellt wird, dass immer weniger Schulabgänger den Übergang in eine betriebliche Erstausbildung erwägen. Nur noch knapp 23 Prozent der Kölner Zehntklässler (ohne Gymnasien) würden laut der „Kölner Schulabgängerbefragung 2014“ nach dem Abschluss der Klasse 10 am liebsten eine berufliche Ausbildung beginnen“. Fünf Jahre zuvor lag der Anteil noch bei 32,1%. Er stellt die Frage, was die Schulabgänger alternativ machen.

Herr Hagedorn möchte wissen, warum immer weniger Jugendliche eine Ausbildung finden, obwohl es noch freie Lehrstellen gebe.

Herr Wagner erläutert, dass die Ansprüche von Ausbildungsbetrieben an die Auszubildenden in den vergangenen Jahren enorm gestiegen seien und die Jugendlichen auf den ersten Blick häufig den gestellten Anforderungen nicht entsprechen würden. Er sagt eine Auflistung zu den Branchen für die nächste Sitzung des Ausschusses für Soziales und Senioren zu, mit einer Zuordnung der entsprechenden Ausbildungsberufe.

Frau Hollmann bedankt sich für den Bericht und bittet um Mitteilung zur nächsten Sitzung zur Höhe der Umschichtung des Eingliederungstitels in das Verwaltungskostenbudgets 2015. Außerdem möchte sie wissen, wie der Ausgabestand des Eingliederungstitel 2014 aussehe, ob Mittel übrig seien bzw. ob Gelder zurückgegeben werden müssen. Des Weiteren interessiert sie, welche Arbeitsmarktangebote das Jobcenter nach der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes plane. Sie wünscht sich ebenfalls mehr Transparenz beim Thema „Freie Förderung“ und fragt wie viele Maßnahmenplätze es hier gebe.

Herr Wagner antwortet, dass es auch in 2015 wieder einen Umschichtungsbetrag geben wird, da das Verwaltungskostenbudget durch den Bund nicht auskömmlich finanziert sei. Hierzu wird in der kommenden Sitzung schriftlich berichtet.

Auch zum Thema „Freie Förderung“ möchte er gerne „Licht ins Dunkle“ bringen und einige Maßnahmen vorstellen. Außerdem wird eine Übersicht über die Maßnahmenplätze und -eintritte vorgelegt.

Bezüglich der Änderung des Asylbewerberleistungsgesetzes steht das Jobcenter in engem Kontakt zur Stadt Köln. Der betroffene Personenkreis dürfte in Köln aktuell eine Fallzahl von ca. 800 Personen umfassen, die ab dem 1.3.2015 in das SGB II übergehen. Die Frage, wie viele Personen hiervon „nicht aktivierbar“ sind (Kinder, Schüler, SGB XII), ist noch nicht geklärt.

Welche Angebote diese Personengruppe benötigt, kann pauschal noch nicht eingeschätzt werden, da die Kenntnisse und Situationen individuell getrachtet werden müssen und im Zuge der Beratungen im Jobcenter sukzessiv erarbeitet werden.

In 2014 standen dem Jobcenter Köln nach Abzug des Umschichtungsbetrages in den Verwaltungshaushalt in Höhe von rd. 17 Mio. EUR Eingliederungsmittel in Höhe von insgesamt rd. 50,34 Mio. EUR zur Verfügung. Davon konnten rd. 50,21 Mio. EUR verausgabt werden. Die Ausgabequote beträgt somit 99,7% (99,6% im Vorjahr).

Frau Hoyer ist unter den Rahmenbedingungen äußerst zufrieden mit dem AMIP 2015. Sie hofft, dass die positiven Ansätze und Projekte für die Zielgruppe der Jugendlichen auch auf die Langzeitarbeitslosen übertragen werden können. Auch die stärkere Arbeitgeberorientierung begrüßt sie. Sie bittet um Aufnahme der Zielgruppe der Flüchtlinge im AMIP 2016.

Hinsichtlich der vom Jobcenter vorgelegten Mitteilungen/Berichte bittet sie wiederholt um Vermeidung von Abkürzungen.

Herr Wagner sagt zu, dies selbstverständlich für zukünftige Berichte und Mitteilungen zu berücksichtigen.

Zuwanderer/Flüchtlinge werden im AMIP des kommenden Jahres zweifelsfrei eine Zielgruppe werden und auch bereits in 2015 wird sich das Jobcenter aufgrund der Gesetzesänderung intensiv mit diesem Personenkreis auseinandersetzen.

Frau Heuser stellt die Frage, welche Auswirkungen der Mindestlohn auf die Gruppe der Aufstocker im SGB II Bereich hat.

Herr Wagner kann ad hoc keine konkreten Zahlen nennen, die Gruppe der Aufstocker ist in den vergangenen Jahren jedoch angestiegen. Dies stellt insofern ein Problem für die Kommune da, da zunächst mit den vorhandenen Einkommen die Leistungen zum Lebensunterhalt, also Bundesleistungen, abgedeckt werden und erst dann die Kosten der Unterkunft (kommunale Leistungen). D.h. der Aufstockungsbetrag ist zunächst eine kommunale Leistung.

Er sagt zu bis zur nächsten Sitzung darzustellen, wie hoch der durchschnittliche Verdienst sein muss, um nicht SGBII-Leistungsbezieher zu werden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

8 Bericht aus der Arbeit des Behindertenbeauftragten

9 Anträge gemäß § 3 der Geschäftsordnung des Rates

9.1 E-Scooter in Bussen und Bahnen der KVB AN/0015/2015

Der Antrag wird in der heutigen Sitzung nicht behandelt.

10 Anfragen gemäß § 4 der Geschäftsordnung des Rates

10.1 Anfragen zu früheren Sitzungen

10.1.1 Einstufung in Regelbedarfsstufe 3 SGB XII – Verfristung möglicher Rückforderungsansprüche/ TOP 10.2.1 auf der SoSe TO vom 27.11.2014 AN/1650/2014

10.2 Aktuelle Anfragen

Frau Marschall teilt mit, dass das Ministerium für Gesundheit, Pflege und Alter des Landes NRW ein Förderprogramm „Entwicklung altengerechter Quartiere in NRW“ ausgeschrieben habe. Mit diesem Programm sollen in allen Kreisen und kreisfreien Städten je ein Modell Stadtteilmanager gefördert werden. Die Aufgaben der Stadtteil-

manager sei fast vollständig identisch mit denen, die die SVK für den Stadtteilkümmerer beschrieben hat.

Der Vorsitzende Herr Paetzold fragt nach, was denn nun die Frage sei.

Frau Marschall fragt an, ob die Verwaltung nicht umgehend einen entsprechenden Antrag stellen könne, damit zumindest ein Stadtteilkümmerer finanziert werden könne.

Auf Bitte des Vorsitzenden Herrn Paetzold gibt Frau Marschall eine weitere Frage schriftlich zu Protokoll: „Die Konferenz „Alten und Pflege“ werde wieder mit Planungsaufgaben betraut, wenn der Versorgungsplan auf Stadtteil- oder Stadtbezirksebene für stationäre und ambulante Pflege geleistet würde. Sie bittet die Verwaltung darum für 2015 einen Versorgungsplan vorzulegen.“

Frau Schmerbach fragt, ob die Verwaltung in der nächsten Sitzung weitere Informationen zu Kantinenbetrieben in städtischen Einrichtungen, welche von Integrationsunternehmen betrieben werden können, vorlegen könne.

Herr Klausing fragt, ob die Fahrradverkäufe aus dem Fundbüro einen finanziellen Gewinn erzielen würden. Falls dies nicht der Fall sei, bittet er zu prüfen, ob es möglich sei, diese Fahrräder nicht zu versteigern, sondern für soziale Zwecke zu stiften.

10.2.1 LVR-Gebäude für Flüchtlingsunterbringung nutzen AN/1819/2014

Antwort unter TOP 15.7

10.2.2 Kommunales Wohnungsbauförderungsprogramm - Ankauf von Mietpreis- und Belegungsbindungen (Mitteilung 3752/2014) AN/0045/2015

10.2.3 Umsetzung des Wohnungsaufsichtsgesetzes (WAG) AN/0046/2015

11 Beschlüsse gemäß § 41 Absatz 2 der Gemeindeordnung des Landes Nordrhein-Westfalen

11.1 Förderung der Gemeinwesenarbeit in sozial belasteten Quartieren 3949/2014

TOP 11.1 Förderung der Gemeinwesenarbeit in sozial belasteten Quartieren AN/0109/2015

Herr Detjen befürwortet den Änderungsantrag und wundert sich über die Verwaltungsvorlage weil der Veedel e.V. seit dreißig Jahren eine sehr gute Arbeit macht. Das schafft kein Vertrauen.

Herr Detjen schlägt vor, ein politisches Gremium einzusetzen, dass die Lenkungsgruppe Lebenswerte Veedel ersetzen soll. Dies hat der Rat bereits am 17.12.2013 auf seiner Sitzung (TOP 10.34) beschlossen.

Der Vorsitzende Herr Paetzold begründet mündlich den Änderungsantrag der SPD-Fraktion und der Fraktion der Grünen. Sicher sei es sinnvoll, über ein neues Konzept der GWA Köln nachzudenken. Die sehr kurzfristig vorgeschlagenen Umverteilungen und damit verbundene Kürzungen seien für die Träger der GWA aber nicht umsetzbar. Deshalb sei es wichtig, für das laufende Jahr 2015 den Status quo zu erhalten. Die nächsten Monate solle die Verwaltung in Zusammenarbeit mit den Träger nutzen, um das bisherige Konzept zu überprüfen und ggf. ein neues Konzept dem Ausschuss vorzulegen.

Frau Gärtner teilt die Auffassung, dass die vorgeschlagenen Kürzungen für die Träger nicht zu verantworten seien, da vorhandene Strukturen zerschlagen werden könnten. Deshalb unterstütze sie für ihre Fraktion den vorgelegten Änderungsantrag.

Frau Blümel schlägt vor, dass der Änderungsantrag in der Passage „mit der Trägern der GWA“ „um die Liga der freien Wohlfahrtsverbände“ erweitert werde.

Frau Hoyer unterstützt den Änderungsantrag für ihre Fraktion ebenfalls.

Frau Heuser sagt, dass die Fraktion der Grünen diesen Änderungsantrag gemeinsam mit der SPD Fraktion vorgelegt haben. Sie sagt, dass es hier weder um die Zerschlagung von Strukturen noch um einen Angriff der Verwaltung ginge, sondern vielmehr darum, ob ein Standortwechsel für die GWA überdacht werden muss. In Stadtteilen, in denen 30 Jahre GW-Arbeit durchgeführt wurde, haben sich Strukturen gebildet. Die Frage muss sein, ob diese nach 30 Jahren noch den gleichen Umfang der Betreuung brauchen oder ein Standortwechsel in einem Stadtteil mit mehr Bedarf überdacht werden kann. Hier braucht es ein Konzept, dass gemeinsam mit den Trägern erarbeitet werden muss.

Der Vorsitzende Herr Paetzold ruft den Änderungsantrag zur Abstimmung auf.

Beschluss:

Der Ausschuss Soziales und Senioren beschließt den geänderten Änderungsvorschlag der SPD Fraktion und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen.

Der Beschlussvorschlag der Verwaltung wird wie folgt geändert:

1. Eine Entscheidung über die Verwaltungsvorlage 3949/2014 wird zurückgestellt. Die Verteilung der Mittel zur Förderung der Gemeinwesenarbeit für 2015 erfolgt auf Basis der Zahlungen des Jahres 2014 an die genannten Träger:

Buchheimer Selbsthilfe	39.900 €
Holweider Selbsthilfe	59.100 €
Veedel e.V.	59.100 €
Christliche Sozialhilfe	10.100 €
2. Die Verwaltung wird beauftragt, zusammen mit den GWA-Trägern **und der Liga der freien Wohlfahrtsverbände** das bisherige Konzept zu überprüfen und ggf. einen Vorschlag für ein neues Konzept zum bedarfsorientierten Einsatz dieser Mittel für GWA auf der Grundlage einer Quartiersanalyse zu entwickeln. Dabei sind nach den Erkenntnissen der Sozialplanung gegebenenfalls weitere Quartiere einzubeziehen, die nach vorliegenden Indikatoren einen Handlungsbedarf aufweisen.

Diese Neukonzeption ist dem Ausschuss bis spätestens 15.09.2015 vorzulegen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig **zugestimmt**

12 Ausschussempfehlungen an andere Ausschüsse

13 Ausschussempfehlungen an den Rat

14 Anregungen und Stellungnahmen der Stadtarbeitsgemeinschaften

15 Aktuelle Situation von Flüchtlingen in Köln

**15.1 Beantwortung der Anfrage AN/0541/2014 der CDU-Fraktion in der Bezirksvertretung Porz:
Geplanter Abriss der Flüchtlingsunterkunft Poller Damm 77, 51105 Köln-Poll
3568/2014**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**15.2 Beantwortung der Anfrage: Situation Sicherheits- und Wachdienst in Flüchtlingseinrichtungen im Stadtbezirk Köln-Rodenkirchen
Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates der FDP-Fraktion in der Bezirksvertretung 2 vom 20.10.2014 (AN/1300/2014)
3316/2014**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**15.3 Sportangebote für Kinder und Jugendliche aus Flüchtlingsfamilien: zusätzliche Angebote und das neue Crowdfunding-Projekt, bei dem die Kölner Ban und die Stadt Köln als Partner mit "SportMOBIL für geflüchtete Kinder und Jugendliche" gestartet sind
3918/2014**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

**15.4 Beschulung von zugereisten Kindern und Jugendlichen in Köln, Sachstandsbericht zum 31.10.2014
2804/2014**

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung ohne weitere Aussprache zur Kenntnis.

15.5 Vergabeverfahren "Betrieb von städtischen Wohngebäuden für die Unterbringung und Betreuung von Flüchtlingen an externe Träger" 0001/2015

Herr Detjen schlägt vor, dass sich die sozialpolitischen Sprecher/innen die erste Wohneinheit in Systembauweise ansehen.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

15.6 Ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge - Anfrage der Partei Deine Freunde gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/1804/2014 4004/2015

Frau Schmerbach erinnert an den Ratsbeschluss vom 16.12.2014. Sie weist darauf hin, dass in diesem Beschluss die Bürgeramtsleiter als Ansprechpartner für ehrenamtliches Engagement für Flüchtlinge benannt werden sollen und dass ein Budget für Veranstaltungen im Rahmen dieser ehrenamtlichen Arbeit bei den Bürgerämtern eingestellt werden soll

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

15.7 Beantwortung einer Anfrage: LVR-Gebäude für Flüchtlingsunterbringung nutzen - Anfrage der Fraktion DIE LINKE gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates AN/1819/2014 0048/2015

Im Hinblick auf die Akquise von weiteren Objekten der Flüchtlingsunterbringung sieht Herr Detjen in der Vorlage des Landschaftsverbandes einen guten Ansatzpunkt, den die Stadt nutzen sollte. Herr Ferber antwortet, dass der Landschaftsverband zwischenzeitlich angesprochen wurde, dass allerdings in der Vorlage des Landschaftsverbandes leider ausschließlich Grundstücke und Objekte außerhalb Kölns genannt wurden.

Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.

15.8 Berichterstattung in den Medien zur Situation in der Flüchtlingsunterkunft Vorgebirgsstraße 22 im Stadtteil Neustadt-Süd - aktueller Sachstand 0049/2015

Frau Reker teilt mit, dass sie über den Renovierungsstau in der Flüchtlingsunterkunft Vorgebirgsstraße 22 erst nach der Fernsehstrahlung in der Sendung „Lokalzeit“ des WDR am 19.12.2014 informiert wurde. Der Beginn der Renovierungen ist bereits terminiert worden. Sie bittet die Politik zukünftig bei solch auftretenden Schwierigkeiten nicht über die Presse mit ihr zu kommunizieren. Sie dankt allen Kollegen/innen und vor allem Herrn Ruda und den Mitarbeiter/innen des Deutschen Roten Kreuz für die geleistete Unterstützung und entschuldigt sich bei den Mitarbeiter/innen, deren Arbeit darüber zusätzlich belastet wurde, für die aufgetretenen Missverständnisse.

Der Vorsitzende Herr Paetzold nimmt die Entschuldigung zur Kenntnis. Er bedauert, dass über die katastrophalen Zustände im Flüchtlingswohnheim Vorgebirgsstraße. 22 nie mit ihm gesprochen wurde und er erst über die Medien davon erfahren musste. Er

zeigt sich erfreut, dass als ein positives Echo auf den WDR-Bericht sei, dass der in Rede stehende Duschcontainer in Kürze gegen besser zu nutzende und zu reinigende Exemplare ausgetauscht werde und die Reinigungsmodalitäten in der Einrichtung geändert worden seien. Er berichtet, dass er zusammen mit Herrn Ruda das Flüchtlingswohnheim besucht habe. Er habe sich von dem hohen Engagement der Mitarbeiter/innen des Roten Kreuzes überzeugt, die trotz schwieriger Rahmenbedingungen hervorragende Arbeit leisten. Er zeigt sich erfreut, dass die Missverständnisse nun ausgeräumt seien.

Herr Detjen schlägt vor, dass die sozialpolitischen Sprecher/innen der Fraktionen im Sozialausschuss sich die Bedingungen der Flüchtlingswohnheime einmal vor Ort ansehen sollten. Insbesondere das Flüchtlingsheim in der Geiselstrasse und Agrippinaufer.

Der Vorsitzende Herr Paetzold nimmt den Vorschlag von Herrn Detjen zur Kenntnis. Der Ausschuss Soziales und Senioren nimmt die Mitteilung zur Kenntnis.